

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
28.04.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Gremien
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Mittwoch, 18.03.2026

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:41 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 1.1** **Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführern für den Hauptausschuss der Stadt Bergisch Gladbach**
0194/2026
- 2** **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2025 - öffentlicher Teil**
0582/2025
- 4** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5** **Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses**
0058/2026

- 6 European Energy Award (eea): Bericht zum internen Re-Audit der Stadt Bergisch Gladbach für die Jahre 2024 und 2025**
0092/2026
- 7 Strategisches Entwicklungskonzept Gronau; Maßnahme 5 – Programm zur klimaangepassten und energetischen Sanierung von Dächern, Fassaden und Vorzonen: Antragstellung im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432**
0118/2026
- 8 Darstellung der Personalsituation**
- 8.1 Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung (FB1) und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2026**
0159/2026
- 8.2 Personalsituation Fachbereich 9 - Büro des Bürgermeisters**
0032/2026
- 9 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2026**
0670/2025/1
- 10 Teilhaushalte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses**
- 10.1 Teilhaushalt FB 1**
0112/2026
- 10.2 Haushaltsplanberatung für die Produktgruppe 01.041. - Digitalisierung und Projektmanagement für das Haushaltsjahr 2026**
0098/2026
- 10.3 Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppe 01.300 für das Haushaltsjahr 2026**
0049/2026
- 10.4 Haushaltsplanberatung für die Produktgruppe 14.032/ Klimaschutzmanagement und kommunale Wärmeplanung für das Haushaltsjahr 2026**
0091/2026
- 10.5 Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 01.001, 01.013 und 01.015 für das Haushaltsjahr 2026**
0031/2026
- 11 Dritter Projektzwischenbericht "Neues Stadthaus"**
0149/2026
- 12 Segmentierung des internen IT-Netzwerks der Stadtverwaltung**
0153/2026
- 13 Vergabesatzung zum Unterschwellenvergaberecht**
0113/2026
- 14 Heimatpreis 2026**
0802/2025
- 15 Städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2025 und 2026**
0063/2026

- 16 Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2025**
0143/2026
- 17 VIII. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
0107/2026
- 18 VII. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**
0056/2026
- 19 Änderung der "Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen"**
0103/2026
- 20 Anträge der Fraktionen**
- 21 Anfragen der Ausschussmitglieder**
 - 21.1 Schriftliche Anfragen**
 - 21.1.1 Anfrage der Bürgerpartei GL vom 28.01.2026 (eingegangen am 28.01.2026) zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Bergisch Gladbach: Sachstand, Bilanz und Ausblick 2026**
0105/2026
 - 21.1.2 Anfrage der Bürgerpartei GL vom 24.02.2026 (eingegangen am 24.02.2026) zur Erhebung von Sitzungsstatistiken**
0164/2026
 - 21.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach zur Aktion "100 Bäume für Bergisch Gladbach"**
0172/2026
 - 21.1.4 Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 10.03.2026 - Städtische Dienstwagen**
0219/2026
 - 21.1.5 Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 14.03.2026 betreffend die Entwicklung von Stellen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit**
0220/2026
 - 21.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Waldschmidt erläutert, dass Herr Kreutz sich krankheitsbedingt entschuldige. Es finde nun die erste Sitzung des Hauptausschusses in der neuen Wahlperiode statt. Eine Stellvertretung des Ausschussvorsitzenden Herr Kreutz sei aufgrund dessen noch nicht gewählt. Somit werde die Sitzung, bis einschließlich der Wahl der Stellvertretung, durch das Mitglied, welches dem Rat am längsten angehört (Altersvorsitz), geleitet. Da Herr Hans Josef Haasbach als Altersvorsitzender des Rates heute entschuldigt sei, leite er als Altersvorsitzender des Rates den Hauptausschuss bis zur Wahl der Stellvertretung.

Er heiße alle Anwesenden herzlich willkommen und eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der XI. Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Buchen (CDU-Fraktion), Herr Haasbach (CDU-Fraktion), Herr Dr. Schillings (CDU-Fraktion), Herr Dr. Engel (CDU-Fraktion), Frau Leveling (SPD-Fraktion), Frau Dr. Lübbecke (SPD-Fraktion), Herr Kochan (SPD-Fraktion) und Herr Samirae (Gruppe Bürgerpartei GL) entschuldigt, welche durch Herrn Wagner (CDU-Fraktion), Herrn Reiländer (CDU-Fraktion), Herrn Grabosch (CDU-Fraktion), Frau Wasmuth (CDU-Fraktion), Frau Shakil (SPD-Fraktion), Frau Winkels (SPD-Fraktion), Herrn Klaas (SPD-Fraktion) und Herrn Klein (Gruppe Bürgerpartei GL) vertreten würden. Herr Kraus (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:02 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1), Herr Santillán (fraktionslos) nimmt ab 17:17 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö6), Herr Klaas (SPD-Fraktion) nimmt ab 17:17 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö6) und Herr Klein (Gruppe Bürgerpartei GL) nimmt ab 17:17 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö6) teil.

Vonseiten der Verwaltung sei Herr Bürgermeister Kreutz entschuldigt.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Waldschmidt;

die Einladung vom 25.02.2026 und die dazugehörigen Vorlagen sowie

eine als Tischvorlage nachgereichte Vorlage der Verwaltung - Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführern für den Hauptausschuss (Vorlage: 0194/2026). Um eine Beschlussdokumentation sicher zu stellen, sei diese Vorlage aus Gründen der äußersten Dringlichkeit als Tagesordnungspunkt TOP Ö 1.a einzufügen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage - Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführern für den Hauptausschuss (Vorlage: 0194/2026) unter TOP Ö 1.a erweitert.

Ferner lägen drei Änderungsanträge der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vor:

- zu TOP Ö 13 - Vergabebesatzung zum Unterschwellenvergaberecht (Vorlage: 0113/2026) – die Stellungnahme der Verwaltung werde voraussichtlich mit dem Ratsbrief am kommenden Freitag an die Ratsmitglieder versandt
- zu TOP Ö 17 - VIII. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach (Vorlage: 0107/2026)
- zu TOP Ö 18 - VII. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (Vorlage: 0056/2026)

diese würden unter den jeweiligen Tagesordnungspunkten behandelt und zur Abstimmung gestellt.

Darüber hinaus liege die Stellungnahme der Verwaltung auf die Anfrage der Bürgerpartei GL vom 24.02.2026 (eingegangen am 24.02.2026) zur Erhebung von Sitzungsstatistiken (Vorlage: 0164/2026) (TOP Ö 21.1.2) als Tischvorlage vor.

Weiterhin liege eine als Tischvorlage vorliegende schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.02.2026 (eingegangen am 27.02.2026) mit der Bitte um schriftliche Beantwortung von Fragen im Zusammenhang mit der städtischen Pressemitteilung vom 26.02.2026 „100 Bäume für Bergisch Gladbach“ zur Sitzung des Hauptausschusses am 18.03.2026 sowie des Rates am 24.03.2026, vor. Die vorliegende Vorlage (0172/2026) sei mit der Ratseinladung vom 05.03.2026 versandt worden.

Die Anfrage werde unter TOP Ö 21.1.3 behandelt.

Zwei weitere schriftliche Anfragen der CDU-Fraktion lägen als Tischvorlagen vor:

- eine Anfrage vom 10.03.2026 (eingegangen am 10.03.2026) mit Fragen zur Thematik „städtische Dienstwagen“ und
- eine Anfrage vom 14.03.2026 (eingegangen am 14.03.2026) zur Thematik „Entwicklung der Stellen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit“

Beide Anfragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung zu der Sitzung des Hauptausschusses.

Die Anfragen würden unter TOP Ö 21.1.4 und TOP Ö 21.1.5 behandelt.

1.1. Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführern für den Hauptausschuss der Stadt Bergisch Gladbach
0194/2026

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss der Stadt Bergisch Gladbach bestellt Frau Stadtoberinspektorin Saskia Anger zur Schriftführung und Frau Stadtoberinspektorin Corinna Johannis sowie Frau Ekaterina Riemer zu stellvertretenden Schriftführungen für den Hauptausschuss.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Waldschmidt stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2025 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2025 - öffentlicher Teil
0582/2025

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zum Thema Tourismus als Wirtschafts- und Standortfaktor

Herr Schmitz erläutert, dass auf den Plätzen der Ausschussmitglieder die Neuauflage „Wirtschafts- und Standortfaktor Tourismus“ aus 2025 liege. Tourismus sei auch für Bergisch Gladbach und die Region ein bedeutender Wirtschafts- und Standortfaktor. Die Ratsmitglieder seien Zielgruppe

dieser Flyer. Die Autoren würden darin mit Zahlen, Daten und Fakten die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus darlegen. In der Region „Das Bergische“ (RBK, OBK und Teile des Rhein Sieg Kreises) seien 2024 rund 539 Mio. Euro Bruttoumsatz durch den Tourismus generiert worden. Der Einkommensbeitrag liege bei über 260 Mio. Euro, dies seien rechnerisch rund 7.800 Jobs bzw. gesicherte Einkommen in der Region. Ein Tagesgast gebe knapp 25 Euro aus und ein Übernachtungsgast knapp 150 Euro. Tourismus habe eine breitere Wirkung, als man auf den ersten Blick sehe. Profiteure seien nicht nur Gastronomie und Hotellerie, sondern auch Einzelhandel, Dienstleistungsbetriebe, regionale Produzenten und Handwerk und der städtische Haushalt. Im Vergleich zu den Jahren vor 2024 gebe es einen leichten Rückgang der Tagesreisen, was unter anderem auf gestiegene Kosten zurückzuführen sei. Gleichzeitig gebe es eine Zunahme der Übernachtungen und die Auslastung sei wieder auf Vor-Corona-Niveau. Die höheren Ausgaben pro Gast würden die Umsätze insgesamt stabilisieren. Zudem steigere Tourismus die Lebensqualität und den Freizeitwert für die eigene Bevölkerung. Es gebe Naherholung und familienfreundliche Angebote. Tourismus sei also kein Randthema, sondern ein stabiler Pfeiler für Wirtschaft und Standort. Die kommunale Unterstützung sei sinnvoll und zukunftsorientiert.

Herr Schöpf lobt den Flyer und äußert, dass er einen solchen explizit für Bergisch Gladbach sehr begrüßen würde. Er fragt an, ob ein Flyer oder anderweitige Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit geplant sei.

Herr Schmitz verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Mitteilung zum Thema kurzer Sachstand zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung

Herr Migenda erläutert, dass der Rat in seiner Sitzung im Dezember den Beschluss zur Durchführung von drei Machbarkeitsstudien im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung gefasst habe und die Verwaltung mit der Einleitung der Vergaben beauftragt habe.

Es gehe dabei um drei Vergaben zur Durchführung von Machbarkeitsstudien für die Bereiche Innenstadt, Frankenforst und Bensberg.

In den Studien werde wirtschaftlich und finanziell, technisch sowie organisatorisch geprüft, ob und in welchen Bereichen der Aufbau neuer Wärmenetze sinnvoll und umsetzbar sei.

Die Durchführung erfolge mit Fördermitteln des BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze. Die Förderquote betrage 50 Prozent, zusätzlich würden anteilig Personalkosten gefördert.

Die positiven Zuwendungsbescheide seien am 11. März eingegangen.

Derzeit würden sich die Vergabeunterlagen in der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt befinden. Nach Abschluss der Prüfung sei vorgesehen, im April mit den drei Vergabeverfahren zu starten.

Zum Stand der kommunalen Wärmeplanung insgesamt werde die Verwaltung im nächsten Hauptausschuss am 06.05.2026 eine gesonderte Mitteilungsvorlage einbringen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

0058/2026

Herr Waldschmidt führt an, dass gemäß § 57 Absatz 3 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) NRW der Bürgermeister den Vorsitz im Hauptausschuss führe. Der Hauptausschuss wähle gemäß § 57 Absatz 3 Satz 3 GO NRW aus seiner Mitte einen oder mehrere Vertreter des Vorsitzenden. Für die Wahl gelte das Mehrheitswahlrecht gemäß § 50 Absatz 2 GO NRW.

Der Rat habe in der konstituierenden Sitzung am 04.11.2025 einstimmig beschlossen, je Ausschuss je einen stellvertretenden Vorsitz zu wählen und sofern sich jetzt kein Widerspruch erheben sollte, schlage er vor, für den Hauptausschuss entsprechend zu verfahren und einen stellvertretenden Vorsitz zu wählen. Wahlen würden, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt oder wenn niemand widerspricht, durch offene Abstimmung vollzogen.

Gewählt sei die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten habe. Erreiche niemand mehr als die Hälfte der Stimmen, so finde zwischen den Personen, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht hätten, eine engere Wahl statt. Gewählt sei, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinige. Bei Stimmengleichheit entscheide das Los.

Sodann bitte er um Vorschläge für den stellvertretenden Vorsitz des Hauptausschusses.

Es sei bereits ein schriftlicher Wahlvorschlag der CDU-Fraktion eingegangen. Die CDU-Fraktion schlage Herrn Dr. Michael Metten als stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses vor.

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Der Hauptausschuss trifft einstimmig folgende **Wahl**:

Der Hauptausschuss wählt Herrn Dr. Michael Metten zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Herr Dr. Metten nimmt die Wahl an.

Herr Waldschmidt gratuliert und bedankt sich für die Bereitschaft, dieses Amt zu übernehmen.

Er bitte ihn nun die Sitzungsleitung zu übernehmen.

6. European Energy Award (eea): Bericht zum internen Re-Audit der Stadt Bergisch Gladbach für die Jahre 2024 und 2025

0092/2026

Frau Lohoff vom Büro Gertec aus Essen stellt von 17:16 bis 17:20 Uhr eine Präsentation zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Herr Schöpf fragt an, wie viele Mitarbeitende in dieses Projekt eingebunden seien und welche Personalkosten hierfür entstanden seien.

Frau Lohoff antwortet, dass es ein entsprechendes Honorar für die Mitarbeitenden von Gertec gebe. Hierdurch ergebe sich für die Verwaltung selber ein geringer Aufwand.

Frau Meinhardt äußert, dass dies bisher gute Erfolge seien und die Steigerung sehr erfreulich sei. Jedoch müsse sich die Verwaltung weiterhin in der Umsetzung der Ziele beweisen. Die Generierung der Fördermittel sei besonders positiv hervorzuheben. Bei kommunalen Gebäuden sehe sie das größte Potenzial in der Energieeffizienz. Sie fragt an wie hierzu der Sachstand bezogen auf das Energiemanagement sei und wie der aktuelle Stand der AG Klima sei.

Herr Migenda antwortet, dass der eea ein Nebenprodukt von dem sei, was man ohnehin tue. Die AG Klima arbeite momentan daran die Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept umzusetzen. Bis zum Jahr 2030 würden etwa 15 Millionen Tonnen CO2 eingespart. Um die Klimaziele bis 2045 zu erreichen, müssten die Einsparungen allerdings verdreifacht werden. Anhand des eea sehe man, dass die Stadt sehr erfolgreich sei, obwohl die Prüfungskriterien verschärft worden seien. Allerdings stelle man auch im Bereich der städtischen Gebäude einen Nachholbedarf fest. Es sei vor diesem Hintergrund sinnvoll Maßnahmen kontinuierlich zu messen. Im Jahr 2023 habe die Politik der Verwaltung den Auftrag gegeben smart vorzugehen. Um dies zu gewährleisten habe man als neues Überprüfungsstool die Software Ark climate beschafft. Welche zwar zusätzliche Kosten mit sich bringe, aber eine systematische Erfassung und Auswertung der Ergebnisse der AG Klima ermögliche.

Frau Meuthen erläutert, dass in ihrem Fachbereich, dass Thema Energiemanagement bearbeitet werde und hierzu eine Stelle geschaffen worden sei. Zunächst habe man im Vergleich zu anderen Kommunen einen Nachholbedarf festgestellt, welcher aufgeholt werden konnte. Mittlerweile habe man eine Energiemanagementsoftware, um Verbräuche zu erfassen. Der nächste Schritt sei es

nun zu schauen, wo besonders hohe Verbräuche erfasst würden und was man dahingehend unternehmen könnte.

Herr Reiländer fragt nach, ob alle aufgeführten Punkte auditiert seien, da teilweise Auditergebnisse mit 0% vorliegen würden.

Frau Lohoff antwortet, dass alle Themen geprüft würden und es durchaus Ergebnisse mit 0% geben würde. Allerdings sei zu betonen, dass die Stadt nicht auf alle Bereich Einfluss habe. Beispielweise sei der Rheinisch-Bergische-Kreis teilweise zuständig und diese Ergebnisse habe man mit 0% vermerkt, da eine Bewertung vonseiten der Stadt nicht möglich sei.

Herr Schöpf fragt an, wie viel Personalaufwand die AG Klima fordere.

Herr Migenda antwortet, dass es sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung handele. Er sei der Auffassung, dass die AG Klima es ermögliche Gespräche zusammenzufassen, wodurch effektiver gearbeitet werden könnte und Stunden eingespart würden.

Herr Waldschmidt fragt an, wie die Stadt Bergisch Gladbach im Vergleich zu anderen Kommunen abschneide.

Frau Lohoff antwortet, dass die Stadt Bergisch Gladbach ein gutes Ergebnis im Vergleich vorlegen würde.

Die Ausschusmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Strategisches Entwicklungskonzept Gronau; Maßnahme 5 – Programm zur klimaangepassten und energetischen Sanierung von Dächern, Fassaden und Vorzonen: Antragstellung im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432**
0118/2026

Herr Schöpf äußert, dass das Klima durch den Menschen nicht zu verändern sei. Daher erachte er diese Maßnahmen als sinnlos.

Herr Freitag betont, dass seine Fraktion das Programm ausdrücklich begrüße. Das relevanteste Ziel des Bürgerbeteiligungsprogrammes hierzu sei die Schaffung einer Mitte von Gronau gewesen. Hierzu gebe es leider keine Neuigkeiten.

Herr Henkel regt dazu an, dass künftig bei Vorlagen die Einsparung von CO₂ aufgeführt werde. Möglicherweise lässt sich dies durch die soeben von Herrn Migenda vorgestellte Software errechnen.

Herr Waldschmidt führt an, dass er die Vorlage ebenfalls sehr begrüße und diese wichtig für die Bürger sei.

Frau Meinhardt äußert, dass ihre Fraktion die Vorlage ebenfalls begrüße.

Herr Migenda erläutert, dass das Programm eine energetische Sanierung von Fassaden und Dächern beinhalte. Dies führe zu einer Verringerung der Heizleistung, was sehr viel Geld einspare. Bezüglich der Schaffung einer Mitte von Gronau führt er an, dass hierbei die Grundstücksverfügbarkeit momentan ein Voranschreiten aufhalten würde. Zum Thema Aufführung der Angaben zum CO₂ Verbrauch in Vorlagen erklärt er, dass man sich mit der neuen Software erhoffe die Angaben in Vorlagen künftig konkreter einbinden zu können.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat

1. die Antragstellung der Verwaltung im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432 („Energetische Stadtsanierung – Zuschuss 432“) zur Vorbereitung der Maßnahme M5 des Strategischen Entwicklungskonzeptes zu befürworten,
2. die Verwaltung zu beauftragen, die für die Förderung erforderlichen vorbereitenden Schritte fortzuführen – wobei die Umsetzung, die Beauftragung externer Leistungen und der Mittelabfluss ausdrücklich unter dem Vorbehalt einer positiven Förderzusage und der abschließenden politischen Beschlussfassung stehen und
3. die im Falle einer Förderzusage erforderlichen Eigenmittel in Höhe von voraussichtlich 12.500 € aus dem Teilhaushalt der Produktgruppe 14.032 „Klimaschutzmanagement und kommunale Wärmeplanung“ bereitzustellen.

8. Darstellung der Personalsituation

8.1. Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung (FB1) und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2026

0159/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.2. Personalsituation Fachbereich 9 - Büro des Bürgermeisters

0032/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2026

0670/2025/1

Herr Dr. Metten äußert, dass im Vorfeld von der CDU, der SPD und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein Antrag auf Vertagung in die kommende Ratssitzung gemäß § 15 Abs. 1 d) der Geschäftsordnung eingereicht worden sei.

Herr Santillán spricht gegen diesen Antrag auf Vertagung, da er es für relevant halte eine Aussprache hierzu im Hauptausschuss zu halten.

Für den Antrag auf Vertagung stimmen die CDU, die SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die AfD, Volt/Freie Wählergemeinschaft und die Bürgerpartei GL. Dabei ist der Antrag auf Vertagung einstimmig **angenommen**.

10. Teilhaushalte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses

10.1. Teilhaushalt FB 1

0112/2026

Herr Henkel stellt gemäß § 15 Abs. 1 d) der Geschäftsordnung einen Antrag auf Vertagung in die kommende Ratssitzung der Tagesordnungspunkte Ö 10.1 bis Ö 10.5.

Herr Santillán spricht gegen diesen Antrag auf Vertagung, da er es für relevant halte eine Aussprache hierzu im Hauptausschuss zu halten.

Für den Antrag auf Vertagung stimmen die CDU, die SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die AfD, Volt/Freie Wählergemeinschaft und die Bürgerpartei GL. Dabei ist der Antrag auf Vertagung einstimmig **angenommen**.

10.2. Haushaltsplanberatung für die Produktgruppe 01.041. - Digitalisierung und

Projektmanagement für das Haushaltsjahr 2026

0098/2026

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP Ö 10.1 vertagt.

10.3. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppe 01.300 für das Haushaltsjahr 2026

0049/2026

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP Ö 10.1 vertagt.

10.4. Haushaltsplanberatung für die Produktgruppe 14.032/ Klimaschutzmanagement und kommunale Wärmeplanung für das Haushaltsjahr 2026

0091/2026

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP Ö 10.1 vertagt.

10.5. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 01.001, 01.013 und 01.015 für das Haushaltsjahr 2026

0031/2026

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP Ö 10.1 vertagt.

11. Dritter Projektzwischenbericht "Neues Stadthaus"

0149/2026

Herr Waldschmidt führt an, dass nach dem ersten Vertragsschluss Zusatzaufträge entstanden seien. Er fragt an, ob diese Zusatzaufträge nicht von Beginn an erkennbar gewesen seien oder ob sich später Erkenntnisse ergeben hätten.

Herr Sprenger erläutert, dass man den Vertrag zur Anmietung Ende 2022 ausgehandelt habe und hierzu ein Konzept erstellt habe. Dieses Konzept sei sehr komplex. Ende 2022 seien diverse Kostenpunkte noch nicht bekannt gewesen. Allerdings habe man ein Verfahren entwickelt, über welches genau diese Punkte abgerechnet werden könnten.

Frau Meinhardt äußert, dass die Themen Gebäudebegrünung und PV-Anlage auf dem Dach eher schwer umsetzbar seien. Sie bittet Herrn Sprenger hierzu einen aktuellen Sachstand darzustellen.

Herr Sprenger antwortet, dass es eine PV-Anlage auf dem Dach geben werde. Der Vermieter wollte, soweit das Dach dies statisch hergebe, hierfür die Kosten übernehmen. Es sei allerdings später festgestellt worden, dass dies statisch nicht möglich sei. Der Vermieter und die Verwaltung hätten aber weiterhin ein großes Interesse daran das Gebäude energetisch auf einen hohen Standard zu setzen. Daher habe die Stadt sich bereit erklärt Kosten für eine Dachsanierung teilweise zu übernehmen, aber nur wenn sich dies grundsätzlich auf Dauer auszahlen würde.

Herr Henkel äußert, dass man sich im kommenden AFBL noch mit den einzelnen Paketen auseinandersetzen werde. Er kündigt an im kommenden AFBL nachzufragen, wann es bekannt geworden sei, dass man die zusätzlichen Pakete in Anspruch nehme. Es sei wichtig zu wissen, was man aus diesem Projekt für künftige Prozesse wie den Schulbau gelernt habe.

Herr Waldschmidt führt an, dass der Übergabetermin zum zweiten Mal verschoben worden sei. Er fragt an, ob der neue Übergabetermin eingehalten werden könne. Außerdem wolle er wissen, aufgrund welcher Umstände Verzögerungen entstanden seien.

Herr Sprenger antwortet, dass die Stadt Mieter und nicht Bauherr in diesem Projekt sei. Im aktuellen Zeitplan sei für den Mieter nicht viel Luft und es gebe auch für diesen Termin ein gewisses Risiko. In den Aspekten, wo die Stadt auf den Übergabezeitpunkt Einfluss habe, werde

sehr zügig gearbeitet. Die größte zeitliche Verschiebung im letzten Jahr gehe auf einen Wechsel im Projekt zurück. Man habe bereits geklärte Punkte wieder neu besprechen müssen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Segmentierung des internen IT-Netzwerks der Stadtverwaltung

0153/2026

Herr Freitag fragt an, ob die Daten der Stadt auf verschiedene Orte verteilt wären und wie dahingehend die Resilienz sei. Außerdem wolle er wissen, ob die segmentierten Strukturen auch für die zukünftige Digitalisierung geeignet seien. Zudem fragt er, ob städtische Infrastrukturen im internen IT-Bereich und die aus dem öffentlichen Bereich (beispielsweise Ratsinformationssystem) voneinander getrennt werden könnten.

Herr Sprenger antwortet, dass man nicht sagen könnte, dass verschiedene Daten an verschiedenen Orten hinterlegt seien. Man habe im Eigenbetrieb zwei Rechenzentren mit verschiedener Auslastung, wo man die Daten letztendlich doppelte. Das größere Rechenzentrum solle künftig im neuen Stadthaus angesiedelt werden. Man habe auch diverse Services an dritte Dienstleister ausgeweitet, wo ebenfalls Daten verwaltet würden. Die Segmentierung habe zunächst nur den Hintergrund, dass im bestehenden System interne Zonen geschaffen würden. Dies bedeutet, wenn man einen Sicherheitsvorfall habe, dann könne man den Bereich des Vorfalles eingrenzen. Somit sei die Segmentierung ein Sicherheitsstandard. Bezüglich der Trennung der Systeme erläutert er, dass diese bereits ein Stück weit voneinander getrennt seien. Er verweist hierzu ergänzend auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Auftragsvergabe zur Einrichtung einer internen Segmentierung des internen IT-Netzwerk. Das Gesamtauftragsvolumen beträgt circa 220.000 EUR (brutto). Die Vergabe erfolgt im Wege einer öffentlichen Ausschreibung über den Vergabemarktplatz Rheinland.

13. Vergabebesatzung zum Unterschwellenvergaberecht

0113/2026

Herr Dr. Metten führt an, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vorliegen würde.

Herr Henkel erläutert, dass in der Satzung bestimmte Schwellenwerte bezüglich der Bauleistung und von Direktaufträgen aufgeführt sind. Er fragt an, wie man zu diesen Schwellenwerten gekommen sei. Außerdem fragt er an, was zum Thema Unterschwellenvergaberecht in anderen Kommunen geplant sei und ob es dort auch Vergabebesatzungen gebe.

Frau Meuthen antwortet, dass die Wertgrenzen an die aus dem Bundesland Bayern angelehnt seien. Bezüglich der Wertgrenzen der Bauleistungen sei zu berücksichtigen, dass man hier eine Wertgrenze von 4,5 Millionen Euro für die freihändige Vergabe habe. Dies sei nicht an das bayrische Modell angelehnt. Somit handele man in diesem Aspekt sehr formfrei. Bezüglich der umliegenden Kommunen erklärt sie, dass diese keine Satzung eingeführt hätten. Mittlerweile seien Untersuchungen bei Kommunen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kommunen mit einer Vergabebesatzung weniger Bürokratie und Durcheinander hätten, als die Kommunen ohne Satzung.

Herr Henkel fragt nach, wie die Regelung im Rheinisch-Bergischen-Kreis und bei der Stadt Leverkusen sei.

Frau Meuthen antwortet, dass der Rheinisch-Bergische-Kreis aktuell keine Satzung habe. Zu der Stadt Leverkusen könne sie spontan keine Antwort geben. Allerdings habe der Rheinisch-Bergische-Kreis interne Regularien hierzu. Es gebe also Leitlinien für die Mitarbeitenden, die allerdings keine Außenwirkung hätten.

Herr Eggert äußert, dass der entscheidende Punkt sei, wie man mit Schwellenwerten und freihändigen Vergaben umgehe. Bei der Verwaltung sei der Umgang mit der Unterschwellenvergabe im Einklang mit dem RPA. Man habe versucht die Chancen, die sich aus dem Wegfall der Unterschwellenvergabeordnung ergeben hätten zu nutzen.

Herr Henkel führt an, dass er das Verfahren des Rheinisch-Bergischen-Kreises hierzu als sinnvoller erachte. Er stellt nach § 15 Abs. 1 d) der Geschäftsordnung einen Antrag auf Vertagung in die kommende Ratssitzung, da es hierzu noch internen Gesprächsbedarf gebe.

Frau Meuthen erklärt, dass man über die Wertgrenzen diskutieren könne, aber die anzuwendenden Normen für die Verwaltung von unschätzbarem Wert seien.

Herr Klein präsentiert den Änderungsantrag der Ratsgruppe Bürgerpartei GL.

Herr Klaas bittet darum, dass die Verhaltensgrundsätze der Stadt hierzu veröffentlicht werden sollten.

Herr Santillán äußert, dass er den Änderungsantrag der Bürgerpartei GL unterstütze. Es wundere ihn, warum diese vorgetragene wichtigen Punkte nicht in der Satzung enthalten seien.

Frau Meuthen erläutert, dass die Vergabesatzung nur das abbilde, was Außenwirkung habe. Alle Punkte, in denen man sich dem Bieter gegenüber verpflichte, seien in der Satzung enthalten. Die vorgetragene Punkte würden intern über die Dienstanweisung ohnehin eingehalten.

Herr Santillán fragt an, warum dies in den Mustersatzungen anders geregelt sei.

Frau Meuthen antwortet, dass dies an der Qualität der Mustersatzungen liegen würde, welche unter sehr viel Druck entstanden seien. Wenn die Stadt Verbesserungspotenzial in Mustersatzungen sehe, würden diese Verbesserungen aufgenommen. Es werde aber noch eine ergänzende Stellungnahme zu diesem Tagesordnungspunkt geben.

Für den Antrag auf Vertagung stimmen die CDU, die SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die AfD, Volt/Freie Wählergemeinschaft und die Bürgerpartei GL. Damit ist der Antrag auf Vertagung einstimmig **angenommen**.

14. Heimatpreis 2026
0802/2025

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

- 1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, für das Jahr 2026 einen Heimat-Preis, vorbehaltlich der Förderung durch die Bezirksregierung, auszuloben.**
- 2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, für das Jahr 2027 einen Heimat-Preis, vorbehaltlich der Förderung durch die Bezirksregierung, auszuloben.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Fördermittel bei der Bezirksregierung zu beantragen.**

15. Städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2025 und 2026
0063/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

16. Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2025
0143/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

17. VIII. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach
0107/2026

Herr Klein präsentiert den Änderungsantrag der Ratsgruppe Bürgerpartei GL.

Herr Santillán äußert, dass er den Änderungsantrag grundsätzlich für richtig erachte. Er erinnere andere Fraktionen daran, dass diese selber für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie werben würden und man sollte alle Menschen, die sich für diese Stadt einbringen gleich behandeln.

Herr Waldschmidt erläutert, dass diese Nachtragssatzung auf einer Mustersatzung beruhe. Er fragt an, ob diese Mustersatzung auf rechtliche Zulässigkeit geprüft worden sei.

Herr Schöpf merkt an, dass die AfD grundsätzlich auch für Demokratie sei. Das Problem sei bloß, wenn die Möglichkeiten von einer Einbringung in finanzieller Hinsicht missbraucht würden.

Herr Schmitz betont, dass die Satzung verfassungskonform sei. Auch die Gemeindeordnung NRW unterscheide bewusst zwischen Fraktionen und Gruppen. Es werde bewusst die Entschädigung von Fraktions- und Gruppensitzungen unterschieden. Daher könne dem Änderungsantrag der Gruppe Bürgerpartei GL aus Sicht der Verwaltung und des geltenden Rechtes nicht zugestimmt werden. Es gebe hierzu ebenfalls einen Schnellbrief des StGB der aufgrund einer Presseanfrage des Portals GL Aktuell erlassen worden sei. Dieser Schnellbrief werde auch zur kommenden Ratssitzung beigelegt.

Herr Kraus äußert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Gutachten beigelegt sei. Er bitte die Verwaltung hierzu eine Stellungnahme bis zur Ratssitzung anzufertigen.

Herr Santillán merkt an, dass die bisherigen Gemeindeordnungen gescheitert seien.

Herr Klaas erläutert, dass im § 5 des Parteiengesetzes stünde, dass die Bedeutung der Parteien sich anhand des Wahlergebnisses bemessen lassen könne. Er sei nicht der Auffassung, dass die Nachtragssatzung zur Hauptsatzung verfassungswidrig sei.

Für den Änderungsantrag der Ratsgruppe Bürgerpartei GL stimmt die Bürgerpartei GL. Gegen den Antrag stimmt die CDU, die SPD, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Volt/Freie Wählergemeinschaft. Die AfD enthält sich der Stimme. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Bürgerpartei GL dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die VIII. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach in der der Vorlage vorliegenden Fassung.

18. VII. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
0056/2026

Herr Klein präsentiert den Änderungsantrag der Ratsgruppe Bürgerpartei GL.

Herr Santillán äußert, dass er den Änderungsantrag der Bürgerpartei GL grundsätzlich zustimme, da es sich hier ebenfalls um eine demokratische Fragestellung handeln würde.

Herr Schöpf äußert, dass es aktuell einen rechtlichen Unterschied zwischen Fraktionen und Gruppen gebe.

Für den Änderungsantrag der Ratsgruppe Bürgerpartei GL stimmt die Bürgerpartei GL. Gegen den Antrag stimmt die CDU, die SPD, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Volt/Freie

Wählergemeinschaft. Die AfD enthält sich der Stimme. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Bürgerpartei GL dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die VII. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der der Vorlage vorliegenden Fassung.

19. **Änderung der „Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen“**
0103/2026

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

In Ergänzung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.03.2010 und des Rates vom 25.03.2010 zur Vorlage Nr. 0131/2010 – Ergänzung der Regelungen über die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführungen der Stadtratsfraktionen –, des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.10.2015 und des Rates vom 03.11.2015 zur Vorlage Nr. 0358/2015 – Änderung der „Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen“ – sowie des Hauptausschusses vom 21.03.2023 und des Rates vom 28.03.2023 zur Vorlage Nr. 0110/2023 wird die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte Änderung der „Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen“ beschlossen. Die übrigen Beschlussinhalte aus den vorgenannten Sitzungen bleiben unverändert bestehen.

20. **Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge der Fraktionen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

21. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

21.1. **Schriftliche Anfragen**

21.1.1. **Anfrage der Bürgerpartei GL vom 28.01.2026 (eingegangen am 28.01.2026) zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Bergisch Gladbach: Sachstand, Bilanz und Ausblick 2026**
0105/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

21.1.2. **Anfrage der Bürgerpartei GL vom 24.02.2026 (eingegangen am 24.02.2026) zur Erhebung von Sitzungsstatistiken**
0164/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

21.1.3. **Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach zur Aktion "100 Bäume für Bergisch Gladbach"**
0172/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

21.1.4. Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 10.03.2026
- Städtische Dienstwagen
0219/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

21.1.5. Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 14.03.2026
betreffend die Entwicklung von Stellen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
0220/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

21.2. Mündliche Anfragen

Es liegen keine mündlichen Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Herr Dr. Metten schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:36 Uhr.

gez.
Stellv. Vorsitz
Dr. Michael Metten

gez.
Saskia Anger
Schriftführung